



Zur Bedeutung des Manifests der
Marktwirtschaft oder:
Das Lamsdorff-Papier im 31. Jahr

Lars P. Feld
13/9

Freiburger
Diskussionspapiere
zur Ordnungsökonomik

Freiburg
Discussion Papers
on Constitutional Economics



Zur Bedeutung des Manifests der Marktwirtschaft oder: Das Lambsdorff-Papier im 31. Jahr

von Lars P. Feld¹

Prolog

Die F.D.P. wurde am 22. September 2013 nicht mehr in den Deutschen Bundestag gewählt. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Sie mögen von der mageren politischen Bilanz der Liberalen in der vergangenen Legislaturperiode, über ihre angebliche Klientelpolitik bis zu den Defiziten der handelnden Personen reichen. Eindeutig feststellen lassen sich die Gründe des Scheiterns nicht. Die F.D.P. wird in den kommenden Monaten ein Narrativ dafür entwickeln (müssen). Manches davon dürfte jedoch spekulativ bleiben, weil sich Kausalitäten in der Tagespolitik so schlecht belegen lassen. Die (neue) Führung des institutionellen Liberalismus in Deutschland wird gleichwohl eine Strategie für die Überwindung ihres Scheiterns festlegen müssen, wenn die F.D.P. bei der nächsten Bundestagswahl wieder in den Deutschen Bundestag einziehen will.

Erstaunlich ist dieses Scheitern der F.D.P. weit weniger als die Häme, die in aller Öffentlichkeit aus allen politischen Lagern über die Liberalen ausgeschüttet wurde. Mancher Christdemokrat trägt der F.D.P. vielleicht noch ihre Hinwendung zur SPD im Jahr 1969 nach. Aber für eine Charakterisierung als Wendepartei und „Fähnchen im Wind“ reichte dies nicht. Rainer Hank (2013) verortet den Beginn der Verunglimpfung der Liberalen als „neoliberale“, herzlose Gesellen eher in der so genannten „Wende“ des Jahres 1982, als Otto Graf Lambsdorff mit seinem Manifest der Marktwirtschaft an die Öffentlichkeit ging und damit das Ende der sozialliberalen Koalition einläutete. Die deutsche

¹ Lars P. Feld ist Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomik an der Universität Freiburg, Direktor des Walter Eucken Instituts und seit 2011 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der vorliegende Text basiert auf dem Festvortrag anlässlich des 30. Jahrestags des „Konzepts für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ im Thomas-Dehler-Haus in Berlin am 10. September 2012. Es handelt sich um eine im Herbst 2013 nach der Bundestagswahl durch einen Prolog und einen Schlusssatz ergänzte und überarbeitete Fassung.

Öffentlichkeit scheint der F.D.P. diese Bewegung hin zu wirtschaftsliberalen Positionen noch immer zu verübeln. Die „Wende“ trug dazu bei, die Bezeichnung „Neoliberalismus“ zu einem Schimpfwort in manchen Kreisen werden zu lassen, obwohl damit in der ursprünglichen, aus dem deutschen Ordoliberalismus stammenden Bedeutung gerade die Abgrenzung zum klassischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts beabsichtigt war (Rüstow 1932, Sinn 2011).

Dieser Beitrag zeichnet die Genese des Lambsdorff-Papiers und seinen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik nach. Es ist bemerkenswert, dass die Umsetzung dieser liberalen Wirtschaftspolitik in stärkerem Maße von Gerhard Schröder, dem vermutlich „neoliberalsten“ Kanzler der Nachkriegszeit, als von der Regierung Kohl geleistet wurde. Der F.D.P. gelang es in sechzehn Jahren der Regierungsverantwortung mit der CDU/CSU kaum, ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen umzusetzen. Die Parallele zur jüngsten christlich-liberalen Koalition unter Angela Merkel ist frappierend.

Genau wie nach der Ablösung der Regierung Kohl werden liberale Stimmen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der kommenden Legislaturperiode benötigt, gerade weil keine liberale Kraft im Deutschen Bundestag vertreten ist. Eine Große Koalition, in der sich weite Teile der CDU/CSU und der SPD hinsichtlich der erneuten Hinwendung zu einer interventionistischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik einig sind, wird eine Koalition der großen Kümmerer sein. Eine Koalition aus CDU/CSU und Bündnis 90/die Grünen wird sich nicht nur in der Energie- und Umweltpolitik als paternalistisch-bevormundend verstehen. Eine rot-rot-grüne Koalition würde die private Initiative in der Wirtschaft mit aller Macht zurückzudrängen suchen und mit noch mehr Planung und Interventionismus aufwarten. Eigeninitiative und Eigenverantwortung werden eher nicht im Zentrum politischer Zielsetzungen stehen. Die wirtschaftspolitischen Aufgaben für die kommende Legislaturperiode erfordern jedoch zwingend wirtschaftsliberale Weichenstellungen (Kronberger Kreis

2013). Es bleibt zu hoffen, dass diese Weichen ohne das Zutun der F.D.P. gestellt werden.

„Die Wende“

Am 9. September 1982 veröffentlichte Otto Graf Lambsdorff das sog. *„Manifest der Marktwirtschaft“* in der Neuen Bonner Depesche 9/1982. Es trug den technisch anmutenden Titel *„Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“*. Seine Zielsetzung ging weit über die im Titel erkennbare hinaus: Nicht weniger als eine marktwirtschaftliche Erneuerung sollte damit in Deutschland angestoßen werden. Dazu legte Graf Lambsdorff ein umfassendes Maßnahmenbündel vor. Mitautor des Konzepts war der damalige Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik im Bundeswirtschaftsministerium und spätere Bundesbankpräsident, Hans Tietmeyer.

Das *„Lambsdorff-Papier“* schlug ein wie eine Bombe. Der sozialdemokratische Koalitionspartner in der Regierung Schmidt schäumte vor Wut. Das darin formulierte wirtschafts- und finanzpolitische Programm lief einer Reihe von sozial- und arbeitsmarktpolitischen Grundsätzen der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften zuwider. Es kam einem Angriff auf die damals in der Sozialdemokratie vorherrschenden Vorstellungen zur Einkommensumverteilung und zur Einflussnahme des Staates in der privaten Wirtschaft gleich. Vom Katalog der Grausamkeiten war die Rede (Schönborn 2001, S. 486, Fn. 83).

Die SPD befand sich zudem mitten in einem Linksruck; Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte größte Mühe, seine Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluss gegen die Angriffe des linken Flügels seiner Partei unter der Führung von Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder zu verteidigen. Die SPD war durch die Gründung der Partei *„Die Grünen“* im Jahr 1980 von links unter Druck. Und nun dies: Die Ankündigung von Seiten der F.D.P., eine wirtschaftsliberale Politik umsetzen zu wollen.

Das Auseinanderbrechen der sozialliberalen Koalition war dadurch besiegelt. Nachdem die Minister der F.D.P. aus der Regierung ausgetreten waren, wurde Helmut Kohl in einem konstruktiven Misstrauensvotum am 1. Oktober 1982 zum Bundeskanzler gewählt. Die Regierungsverantwortung im Bund war von einer sozial-liberalen Koalition zu einer christlich-liberalen Koalition übergegangen.

Das wirtschaftshistorische Umfeld

Wirtschaftshistorisch entsprach die Haltung der Sozialdemokraten dem Zeitgeist der 1960er und 1970er Jahre. In den sechziger Jahren war die SPD mit ihrem Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller in die Große Koalition eingetreten. Schiller setzte in der ersten Nachkriegsrezession im Jahr 1967 auf keynesianische Konzepte und schaffte es, mit einer Politik der Globalsteuerung die – milde – Rezession zu überwinden. Die Bundesrepublik kehrte zur Vollbeschäftigung zurück und Schiller wurde im Jahr 1971 zusätzlich Bundesfinanzminister der dann neuen sozialliberalen Koalition. Diese Zeit war geprägt vom Glauben an die Planbarkeit und Machbarkeit der Wirtschaft, zumindest aber vom Glauben an die Steuerbarkeit der Konjunktur durch den Staat. Am deutlichsten spricht dieser Glaube aus dem Zitat von Helmut Schmidt, der mit Bezug auf die Phillips-Kurve behauptete:

*„Mir scheint, daß das Deutsche Volk – zugespitzt – 5%
Preisanstieg eher vertragen kann, als 5% Arbeitslosigkeit.“
(Süddeutsche Zeitung, 28. Juli 1972, S. 8).*

Zugleich setzten die Gewerkschaften zusammen mit der SPD auf eine größere Einkommensumverteilung und auf mehr Staat. Die Bundesregierung verließ die finanz- und arbeitsmarktpolitische Grundlage einer stabilitätsorientierten Politik. Sie setzte auf Regulierung der Wirtschaft, auf ordnungsrechtliche Vorgaben in einem Maße, das die Bundesrepublik zuvor nicht gesehen hatte. Der Staat breitete sich aus. Die Beschäftigung im öffentlichen Dienst stieg von 1969 bis

1975 mit einem jährlichen Zuwachs von 3,5 Prozent an (SVR, JG 1975/76, S. 139). Zugleich stiegen die Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten, allein im Jahr 1974 im Durchschnitt um reichlich 12 Prozent und aufgrund der Verkürzung der Normalarbeitszeit um 4,8 Prozent bei vollem Lohnausgleich je Stunde gerechnet sogar um rund 17 Prozent (SVR, JG 1974/75, S. 138). Die Personalausgaben des staatlichen Gesamthaushalts stiegen von 1969 bis 1975 durchschnittlich um über 15 Prozent pro Jahr. Karl Schiller sah frühzeitig, dass eine solche Politik ökonomisch nicht vertretbar war und trat schon 1972 zurück, ein Jahr nachdem sein Vorgänger Alex Möller bereits aus ähnlichen Gründen zurückgetreten war.

In der Folge des ersten Ölpreisschocks des Jahres 1973 trat in Deutschland wie in vielen anderen westlichen Industriestaaten das Phänomen der Stagflation – der Inflation in einer stagnierenden Wirtschaft – auf. Trotz einer in der zweiten Jahreshälfte 1975 einsetzenden wirtschaftlichen Erholung sank die Arbeitslosigkeit nur geringfügig. Der zweite Ölpreisschock 1979/1980 nährte die Befürchtung, dass sich die Stagflation verschärfen würde, wenn nicht entschlossen gegen gesteuert würde. Das „*Lambsdorff-Papier*“ sah die im ersten Quartal 1982 noch immer ausbleibende Erholung nicht nur weltwirtschaftlich, sondern binnenwirtschaftlich begründet und stellte auf eine Korrektur binnenwirtschaftlicher Investitionshemmnisse ab:

„Unabhängig davon, wie lange die internationale Wachstumsschwäche noch andauert, kann und muß deshalb in der Bundesrepublik das erforderliche Mindestmaß sozialer Anpassungsbereitschaft mobilisiert werden, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu stoppen und die Beschäftigungschancen eines neuen Wachstumsprozesses in der Weltwirtschaft auch tatsächlich nutzen zu können.“
(Lambsdorff 1982, pdf-Version des Archivs des Liberalismus, S. 3).

Die Vorläufer

So fortschrittlich das Manifest für die deutsche Wirtschaftspolitik im Jahr 1982 war, es hatte gleichwohl seine Vorläufer, denn es gab bereits aus der deutschen Volkswirtschaftslehre, insbesondere von wirtschaftspolitischen Beratern verschiedene Vorschläge, auf denen sich aufbauen ließ. Nach dem Zusammenbruch des System von Bretton Woods nutzte die Deutsche Bundesbank ihre neu gewonnene Freiheit und kündigte Ende des Jahres 1974 den Übergang zur Geldmengensteuerung in der Geldpolitik und damit die Übernahme monetaristischer geldpolitischer Konzepte an – eine deutliche Abkehr vom Keynesianismus der Vorjahre. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stützte die Politik der Geldmengensteuerung bereits in seinem Jahresgutachten 1973/74 und arbeitete seine geldpolitische Konzeption im Jahresgutachten 1974/75 detailliert aus. Damit waren die stabilitätspolitischen Grundlagen für eine neue Wirtschaftspolitik gelegt. Stabilität des Geldwerts war nicht mehr nur ein Ziel der Geldpolitik; sie wurde zur Spielregel.

In seinem Jahresgutachten 1976/77 legte der Sachverständigenrat das neue Konzept einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik vor, die auf eine Stärkung der privaten Investitionen und des Wirtschaftswachstums durch die Steuer- und Finanzpolitik, die Sozialpolitik und die Arbeitsmarktpolitik setzte. Im Zentrum des Konzepts stand eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik, die verteilungspolitische Konfrontationen vermeidet. Der Sachverständigenrat machte trotz der ihm von Gesetzes wegen auferlegten Zurückhaltung kein Hehl daraus, wie wenig er von der Lohnpolitik der Tarifvertragsparteien bis Mitte der siebziger Jahre hielt. Es kam daher zum Bruch mit den Gewerkschaften (Sievert 2003, S. 40). Daneben sollte die Finanzpolitik auf Konsolidierung setzen, die Verschuldung begrenzen und durch eine geeignete Steuerpolitik dafür sorgen, dass sich Leistung und Risikobereitschaft wieder lohnten. Der damalige Vorsitzende des Sachverständigenrats Olaf Sievert legte in einem Vortrag vor

dem Verein für Socialpolitik im Jahr 1978 nach und erteilte den Vorstellungen einer Steuerbarkeit der Konjunktur durch den Staat eine Absage:

„Solange der wirtschaftspolitische Kredit des Staates schwer beeinträchtigt ist ..., hat die Wiederherstellung dieses Kredits Vorrang vor Hoffnungen auf staatliche Konjunktursteuerung über die Nachfrageseite; denn dieser Kredit ist Voraussetzung für deren Effizienz. Altväterliche Regeln der Solidität, die auf dem Reißbrett des Interventionismus keine guten Noten haben, wie beispielsweise Höchstgrenzen der Staatsverschuldung, haben einen hohen Rang als Limitierung möglicher Unvernunft. Es gibt keinen objektiven Bedarf an dauerhaft hoher Staatsverschuldung.“ (Sievert 1979, S. 811).

Rückblickend erläuterte Sievert (2003) anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Sachverständigenrats, dass dies keine völlige Abkehr von nachfragepolitischen Konzepten à la Keynes bedeutete. Vielmehr müsse man das Pulver trocken halten, um im Ausnahmefall, wenn sozusagen der Himmel einstürzt, eine „*Fluchtklausel zu Gunsten des Antizyklischen*“ nutzen zu können.

„Nachfragepolitik ist ja zu bezahlen nur, wenn sie nicht in erster Linie Nachfragelücken direkt, also staatlicherseits schließen soll – dazu sind diese Lücken in Zeiten schlechter Wirtschaftslage viel zu groß –, sondern wenn sie, weil die Menschen den Wirtschaftspolitikern etwas zutrauen, in erster Linie die wirtschaftlichen Erwartungen verbessert und eben dadurch wirtschaftlichen Vorhaben der Privaten, die Zukunftsvertrauen voraussetzen, ein Fundament gibt“ (Sievert 2003, S. 37).

Die F.D.P. nahm die Konzeptionen aus der Wissenschaft frühzeitig auf. Am 2. Oktober 1977 verabschiedete die Saar-F.D.P. auf ihrem Landesparteitag die „*Saarbrücker Stellungnahme zu zwei Zentralthemen liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*“ (F.D.P. Saar 1977, 1977a). Der Autor des ersten Teils mit dem Titel „*Arbeitslosigkeit – Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand*“, in der Öffentlichkeit als „Katalog der Grausamkeiten“ bekannt (Seuß 1987), war Wolfgang Stützel, damals Mitglied des Landesvorstands der Saar-F.D.P., früheres Mitglied des Sachverständigenrats (von 1966 bis 1968) und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes, somit Fakultätskollege von Olaf Sievert. Nicht wenige Autoren sehen in der Saarbrücker Stellungnahme den Vorläufer des Lambsdorff-Papiers, so etwa Wilhelm Seuß in seinem Nachruf auf Stützel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 3. März 1987 oder Frank Schönborn (2001) in der Festschrift zu Stützels 75. Geburtstag.

Darin wurden unmissverständlich die Hauptursachen für die Investitionsschwäche und die für damalige Verhältnisse hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland benannt: Marktwidrige Eingriffe in das Preisgefüge, eine beschäftigungsschädliche Lohnpolitik, ein überzogener Kündigungsschutz und eine zu freigiebige Sozialpolitik. Die Stellungnahme endet mit dem Vorschlag lohnpolitischer Zurückhaltung und sozialpolitischer Korrekturen. Die Saarbrücker Stellungnahme, noch am 4. November 1977 von Wolfgang Stützel in einem Artikel in der ZEIT (Nr. 46, S. 20) mit dem Titel „*Die Fünf Todsünden*“ prägnant zusammengefasst, wurde als Antrag auf dem Kieler Bundesparteitag der F.D.P. vom 6. – 8. November 1977 eingebracht, aber letztlich nicht zur Entscheidung vorgelegt (Seuß 1987, Schönborn 2001). In jenem Jahr war den Liberalen eine dezidiert marktwirtschaftliche Politik noch zu prekär und zu gefährlich für den Fortbestand der sozialliberalen Koalition. Im Jahr 1982 war das nicht mehr der Fall.

Die Inhalte des Manifests

Das „*Manifest der Marktwirtschaft*“ zielt auf eine marktwirtschaftliche Neuorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik ab (Lambsdorff 1982, pdf-Version des Archivs des Liberalismus der Friedrich Naumann Stiftung, S. 5). Es sollte eine dezidiert marktwirtschaftliche Politik in allen Feldern staatlichen Handelns mit einer klaren Absage an Bürokratisierung durchgesetzt werden. Diese sollte durch eine Haushaltskonsolidierung abgesichert werden, die ohne einen Anstieg der Gesamtabgabenbelastung auskommt. Mittelfristig sollten staatliche Ausgaben und Einnahmen von der konsumtiven in die investive Verwendung umgeschichtet sowie die Investitionstätigkeit gestärkt werden. Die sozialen Sicherungssysteme sollten an die veränderten Wachstumsmöglichkeiten angepasst und ihre Finanzierung auf eine nachhaltige Basis gestellt werden. Der Erfolg dieser Politik hänge nach Ansicht der Autoren von einer zurückhaltenden Lohnpolitik ab, die den Faktor Arbeit relativ verbillige, um die Ertragsperspektiven zu verbessern.

Im Einzelnen sah das Konzept folgende Schritte vor (Lambsdorff 1982, S. 6ff. der pdf-Version):

1. Eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik, in deren Mittelpunkt die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen steht. Zusätzliche (flankierende) Maßnahmen sollten im Umweltschutz, im Bereich der Existenzgründung und zur Verbesserung der Infrastruktur ergriffen werden. Hingegen sollten konsumtive Ausgaben eingeschränkt werden. Dies bedeutete eine Redimensionierung des Öffentlichen Dienstes, einen Abbau von Finanzhilfen und steuerlichen Vergünstigungen, eine Verringerung der Leistungen beim Arbeitsförderungsgesetz und beim BAFöG, eine Streichung des Mutterschaftsurlaubsgeldes und eine Absenkung des Wohngeldes.
2. Die Steuerpolitik sollte investitions- und leistungsfördernd gestaltet werden. In erster Linie sei ein Anstieg der Steuerlastquote zu vermeiden. Die Belastungen mit ertragsunabhängigen Steuern sowie die Lohn- und

Einkommensteuer sollten reduziert, die daraus resultierenden Mindereinnahmen durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer kompensiert werden. Konkret sollte die Gewerbesteuer abgeschafft, das gewerblich genutzte Vermögen bei der Vermögensteuer entlastet, der Tarif der Einkommensteuer im mittleren Progressionsteil abgeflacht und steuerliche Anreize für Investitionen und Anlagen in Risikokapital gesetzt werden.

3. Die Konsolidierung der sozialen Sicherung und eine beschäftigungsfördernde Sozial- und Arbeitsmarktpolitik machten langfristig umfassende Reformen erforderlich. In der Rentenversicherung sollte zur Sicherung der finanziellen Tragfähigkeit der steigende Rentneranteil in der Rentenformel berücksichtigt werden, mehr Beitragsäquivalenz bei der Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze sichergestellt und die Altersgrenze angehoben werden. Die Krankenversicherung sollte durch eine Kostendämpfung bei den Leistungserbringern und einen Ausbau der Selbstbeteiligung konsolidiert werden. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sollte reformiert werden, um Minderausgaben sicherzustellen. Die Sozialhilfe sollte eine mehrjährige Minderanpassung verkraften, die Zumutbarkeit einer möglichen Arbeit strenger geregelt werden und eine Zusammenlegung der Verwaltung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe geprüft werden. Im Arbeitsschutz-, Kündigungsschutz- und Arbeitsrecht ging es im Wesentlichen darum, das Schlimmste zu verhindern. Einer europäischen Sozialpolitik wurde eine klare Absage erteilt.

4. Hinzutreten sollte eine Politik zur Förderung von Marktwirtschaft, Wettbewerb und wirtschaftlicher Selbständigkeit durch den Abbau unnötiger Reglementierung und Bürokratie, durch Eigenkapital- und Existenzgründungshilfen, eine Deregulierung der Wohnungswirtschaft, durch Vermögenspolitik, eine längerfristige Orientierung der

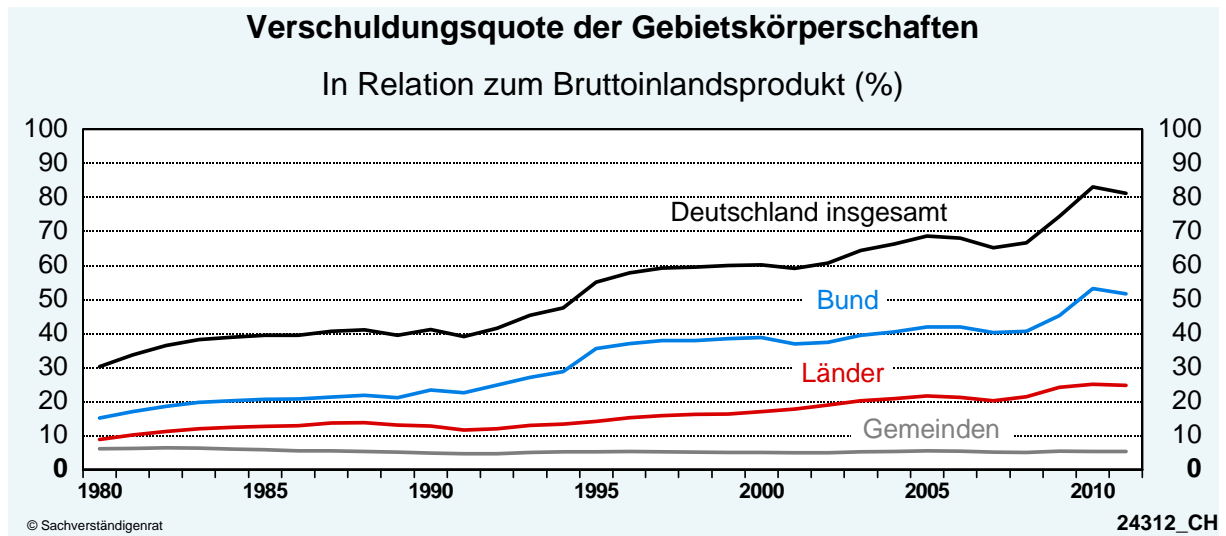
Umweltpolitik und der Energiepolitik sowie eine Verteidigung und Stärkung des offenen, multilateralen Welthandelssystems.

Erfolge und Misserfolge

Otto Graf Lambsdorff blieb nach dem Regierungswechsel wenig Zeit, diese Politik umzusetzen. Schon im Jahr 1984 musste er aufgrund der Flick-Spenden-Affäre als Bundeswirtschaftsminister zurücktreten. Zwar gelang es ihm als Mitglied des Deutschen Bundestages, als wirtschaftspolitischer Sprecher der F.D.P., als ihr Präsidiumsmitglied und von 1988 bis 1993 als ihr Bundesvorsitzender Einfluss auf die Politik der Bundesregierung zu nehmen. Aber die wesentlichen Weichenstellungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik mussten andere vornehmen. Verwunderlich ist es daher nicht, dass das „*Manifest der Marktwirtschaft*“ nur unzureichend umgesetzt wurde und die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Kohl bis zur Wiedervereinigung, aber auch danach eher zu gemischten Ergebnissen führte.

Der Regierung Kohl gelang es gleichwohl, die „*Chancen für einen langen Aufschwung*“, die der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1984/85 sah, wahrzunehmen. Real betrug die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 1980 bis 1989 durchschnittlich 2,0 Prozent pro Jahr, von 1982 bis 1989 sogar 2,7 Prozent (SVR, JG 1989/90). Bis zur Wiedervereinigungsrezession konnte sich die deutsche Wirtschaft durch kontinuierliches Wachstum auszeichnen. Diese solide Wachstumsperformance basierte im Wesentlichen auf einer Rückkehr des Vertrauens der Investoren, aber nicht zuletzt auf einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Deutschland wurde ein Beispiel für die von Alesina et al. (2012) mit Vehemenz verteidigte These der Möglichkeit nicht-keynesianischer Effekte durch eine Politik der Konsolidierung, die auf der Ausgabenseite ansetzt und die konsumtiven Staatsausgaben reduziert. Die Ausgabenquote ging merklich von 47,5 Prozent im Jahr 1980 auf 44,6 Prozent im Jahr 1989 zurück. Vor allem dadurch wurde das strukturelle Defizit zurückgeführt.

Abbildung 1



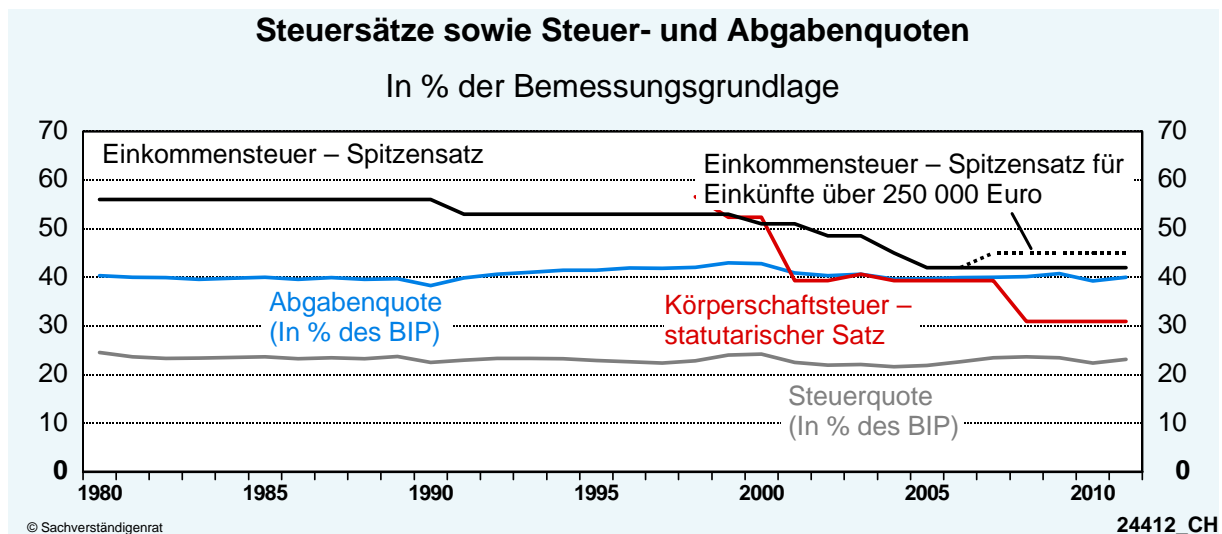
Quelle: Sachverständigenrat.

Dies verdeutlicht *Abbildung 1*, in der die Schuldenstandsquoten (Bruttoschuldenstand) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 1980 bis 2011 wiedergegeben sind. Nach einem weiter kräftigen Anstieg der Schuldenquote bis ins Jahr 1984, stabilisierte sie sich danach bis zum Vorabend der Wiedervereinigung und ging sogar leicht zurück. Das strukturelle Defizit sank auf Null ab. Gleichwohl verdeutlicht *Abbildung 1* ebenfalls, dass damit keine nachhaltige Rückführung der Schuldenquote verbunden war. Die Wiedervereinigung führte zu einem erneuten Schub in der Staatsverschuldung und ließ die Schuldenquote auf über 60 Prozent zu Beginn des neuen Jahrtausends ansteigen. Die ab 2007 einsetzende Rückführung der Schuldenquote wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 erneut konterkariert.

Teilerfolge wurden in der Steuerpolitik erzielt. Auf die befristete Investitionszulage von 1983 folgten nur geringfügige Korrekturen bei der Körperschaftsteuer, was angesichts dieser erst im Jahr 1977 mit Einführung des Anrechnungsverfahrens strukturell erheblich reformierten Steuer nicht überraschte. Gleichwohl blieben die Sätze bis 1989 unverändert. Sie sanken erst 1990 von 56 Prozent auf 50 Prozent und 1994 auf 45 Prozent für einbehaltene

Gewinne. Die Gewerbesteuer wurde bis heute nicht abgeschafft, die Vermögensteuer für gewerbliche Vermögen zunächst nicht angerührt. Erst nach der Wiedervereinigung konnte die Vermögensteuer nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgesetzt werden. Kernstück der Steuerpolitik in den achtziger Jahren war die dreistufige Steuerreform der Jahre 1986, 1988 und 1990. Im dritten Schritt wurde der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 56 auf 53 Prozent gesenkt. Damals als echte Entlastung gefeiert, muss diese Reform retrospektiv aber lediglich als Ausgleich der Kalten Progression gesehen werden. Insgesamt blieben die Steuer- und Abgabenquoten trotz der Anhebung der Mehrwertsteuer von 13 auf 14 Prozent im Jahr 1983 konstant.

Abbildung 2

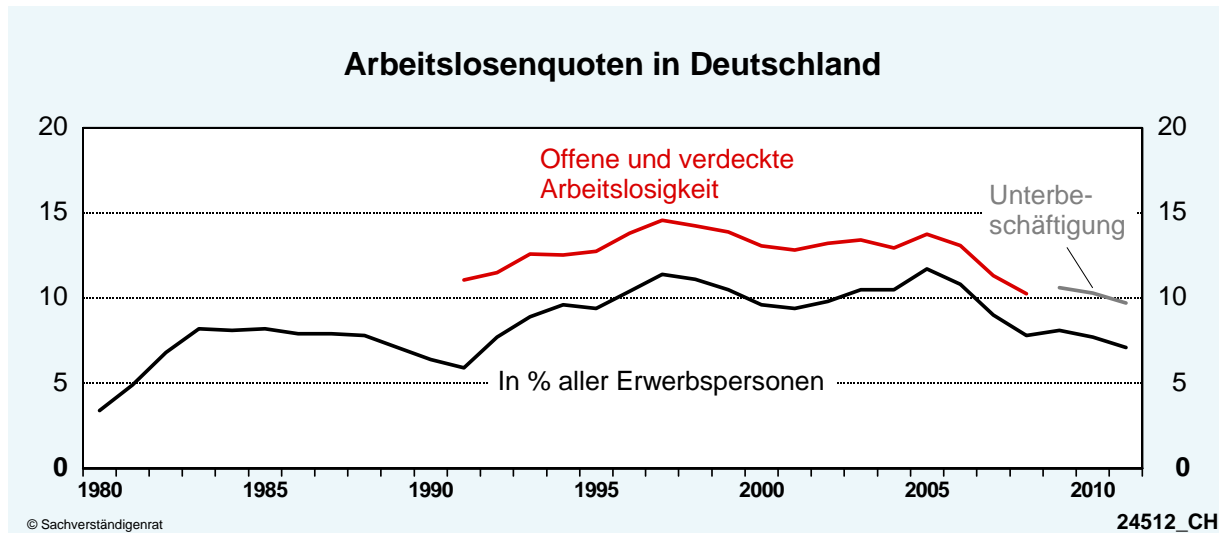


Quelle: Sachverständigenrat.

Abbildung 2 verdeutlicht diese Entwicklung. Sowohl in der Abgaben- als auch in der Steuerquote schlug sich die Steuerreform von 1990 nur als kleiner Ausreißer nach unten nieder, der alsbald durch die weitere Entwicklung überholt wurde. Erst die Regierung Schröder schritt zu deutlichen Reformen der Unternehmenssteuern und der Einkommensteuer. Die Körperschaftsteuer sank im Jahr 2000 auf 25 Prozent und im Jahr 2008 auf 15 Prozent. Der

Spitzensteuersatz der Einkommensteuer wurde von 53 Prozent (plus Solidaritätszuschlag) auf 42 Prozent (plus Soli) reduziert, stieg im Jahr 2007 jedoch wieder auf 45 Prozent an.

Abbildung 3



Quelle: Sachverständigenrat.

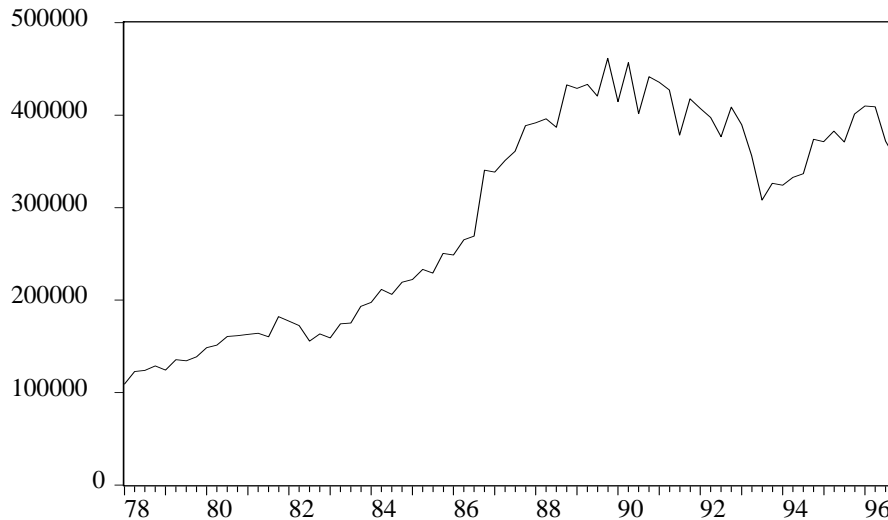
Am meisten enttäuschte die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Obwohl die Beschäftigung von 1982 bis 1989 um 1,2 Mio. Personen anstieg, verfestigte sich die Arbeitslosigkeit. Wie *Abbildung 3* verdeutlicht, gelang im gleichen Zeitraum keine nennenswerte Rückführung der Arbeitslosenquote. Selbst der Wiedervereinigungsboom schaffte es nicht, die Arbeitslosigkeit unter das Niveau des Jahres 1980 zu drücken. Das Phänomen der Sockelarbeitslosigkeit mit entsprechend ungünstigen Eigenschaften, wie etwa der erhöhten Langzeitarbeitslosigkeit, begleitete die Bundesrepublik bis zur den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder. In der Tat unternahm die Regierung Kohl keine nennenswerten Schritte, um den deutschen Arbeitsmarkt zu reformieren. Ein Kernbestandteil des „*Manifests der Marktwirtschaft*“ wurde vernachlässigt.

Ähnliches gilt für die Sozialpolitik, in der ebenfalls keine wesentlichen Veränderungen gelangen. Strukturreformen blieben aus. Vielmehr wiederholten sich mit der Einführung einer umlagefinanzierten Sozialen Pflegeversicherung die Fehler der Vergangenheit. Erst zum Ende der Regierung Kohl im Jahr 1997

wurde der im Lambsdorff-Papier geforderte demographische Faktor eingeführt, aber mit dem Regierungswechsel 1998 gleich wieder abgeschafft. Erst 2005 setzte sich mit dem Nachhaltigkeitsfaktor eine demographische Korrektur der Rentenformel durch. Eine Anhebung des Renteneintrittsalters gelang sogar erst der jüngeren Großen Koalition. Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe für erwerbsfähige Empfänger dieser Sozialleistungen im Rahmen des ALG II konnte erst durch die Regierung Schröder erreicht werden und beschäftigt uns noch heute.

Statt der erst deutlich später einsetzenden Reformen des Arbeitsmarkts und der Sozialpolitik setzte die Regierung Kohl auf einen Ausbau der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, damals noch ABM, Fortbildung und Umschulung und verschiedene Frühverrentungssysteme. Ihre quantitativen Auswirkungen sind in *Abbildung 3* seit der Wiedervereinigung und in *Abbildung 4* für Westdeutschland seit 1978 aufgezeigt. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wurde in Westdeutschland in den achtziger Jahren erheblich ausgebaut. Erst mit der Übertragung dieser Instrumente auf Ostdeutschland kamen Zweifel an der Effektivität der Instrumente auf. Der Sachverständigenrat begann Erwerbspersonen in solchen Maßnahmen als verdeckt arbeitslos zu zählen. Mittlerweile basiert das Konzept der Unterbeschäftigung der Bundesagentur für Arbeit darauf. Erneut dauerte es bis ins neue Jahrtausend, bevor eine Evaluation der Effektivität der Maßnahmen einsetzte und dadurch ihre Rückführung eingeleitet wurde, ein Prozess, der immer noch nicht abgeschlossen ist.

Abbildung 4: Anzahl der verdeckt Arbeitslosen, altes Bundesgebiet, 1978 – 1996



Quelle: Feld und Kirchgässner (2000).

Ein letzter Bereich, in welchem die Auswirkungen des „*Manifests der Marktwirtschaft*“ betrachtet werden können, ist die Deregulierung und Privatisierung, eine Kernforderung der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Hinsichtlich des Privatisierungsziels lassen sich Teilerfolge berichten, wenngleich dieser Prozess sehr langwierig war und ist. So gelangen nennenswerte Erfolge in der Privatisierung der Telekommunikation und gewisse Erfolge bei der Privatisierung der Post. Eine echte Privatisierung der Bahn, die über die reine Überführung in eine Aktiengesellschaft mit dem Staat als alleinigem Eigentümer hinausgeht, steht jedoch noch immer aus. Die Regulierung der Netzünternehmen bleibt ein schwieriges Geschäft. In der Deregulierung der Wohnungswirtschaft konnten allerdings ebenfalls nennenswerte Erfolge verbucht werden, die in anderen Regulierungsbereichen ausblieben (Eekhoff 1987, 1993). Trotz aller Bemühungen der Deregulierungskommission (1991) fand keine Deregulierung des Arbeitsmarktes statt. Im Strommarkt wurden gewissen Fortschritte erzielt, die jedoch vor allem hinsichtlich der europäischen Binnenmarktproblematik bei weitem nicht abgeschlossen sind und gegenwärtig angesichts der Energiewende durch neue Formen einer dezentralen Planwirtschaft konterkariert werden.

Einschätzung des „Manifests der Marktwirtschaft“

Angesichts dieser Entwicklungen muss festgestellt werden, dass es mit dem „Manifest der Marktwirtschaft“ nur partiell gelang, eine marktwirtschaftliche Erneuerung in der Bundesrepublik vorzunehmen. Die Rahmenbedingungen für Investitionen und die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Dynamik in den achtziger Jahren waren zusammen mit der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vornehmlich über die Ausgabenseite die größten direkten Erfolge des „Wendepapiers“. Diese günstigen Ergebnisse gelangen zudem bei relativer Geldwertstabilität aufgrund einer starken Bundesbank.

In der Steuerpolitik sind die Ergebnisse gemischt. Mutiger ging hier die rot-grüne Bundesregierung zu Werke, die die Steuersätze bei den direkten Steuern deutlich senkte. Im Bereich von Deregulierung und Privatisierung finden sich Licht und Schatten. Wenigstens konnte die F.D.P. auf ihre Fahnen schreiben, in diesen Bereichen das Schlimmste verhindert zu haben.

Das größte Versagen der Regierung Kohl ist in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu konstatieren. Trotz zunehmender Sockelarbeitslosigkeit drangen die Liberalen nicht durch. Zu sehr war die CDU/CSU über die CDA im Gewerkschaftslager verankert. Der Garant dafür, dass sinnvolle Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unterblieben, war Norbert Blüm. Ihm muss für die Regierungszeit von Helmut Kohl ein deutlich größerer Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik bescheinigt werden als allen anderen Kabinettsmitgliedern, einschließlich der F.D.P.-Minister. Es dauerte bis in die Endphase der Regierung Kohl, bevor ein demographischer Faktor in die Gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall reformiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt war es schon zu spät für die christlich-liberale Bundesregierung, die mit dem „Manifest der Marktwirtschaft“ die Regierungsverantwortung übernommen hatte.

Zwei institutionelle Faktoren für dieses Abschneiden sollten jedoch nicht vernachlässigt werden. Zum einen hat der kleine Koalitionspartner in einer Bundesregierung kaum Gestaltungspotential, insbesondere wenn im Bundesrat eine gegenläufige Mehrheit zu berücksichtigen ist. Große Reformvorhaben lassen sich dann nicht verwirklichen. Allenfalls kommt dem kleinen Koalitionspartner Verhinderungspotential zu. Zum anderen lag die Zuständigkeit für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Bundesarbeitsministerium und nicht im Bundeswirtschaftsministerium. Reformvorlagen mussten dort erarbeitet werden und wurden vom Blümschen Ministerium nicht vorgelegt. Erst mit der Zusammenlegung beider Ministerien unter Wolfgang Clement, bei der das Bundeswirtschaftsministerium in eine Führungsrolle geriet, konnten die dringend erforderlichen Arbeitsmarktreformen umgesetzt werden.

Ein Ausblick

Angesichts der heutigen Probleme in der Welt, insbesondere der Krise im Euroraum, treten die wirtschafts- und finanzpolitischen Notwendigkeiten nur scheinbar in den Hintergrund. Zwar hängt das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands von einer Lösung der Eurokrise ab. Dabei müssen sowohl die systemischen Probleme gelöst als auch die Strukturreformen und die Politik der Haushaltskonsolidierung in den hoch verschuldeten Ländern des Euroraums fortgesetzt werden. Der Sachverständigenrat (2011, 2012) hat dazu Vorschläge unterbreitet. Wenngleich die meisten Bundesbürger davon ausgehen, dass Deutschland wirtschaftlich gut dasteht, weil es seine Hausaufgaben gemacht hat und alle hart arbeiten, ist dies nur die partielle Wahrheit. Deutschland braucht vielmehr eine neue Angebotspolitik, damit der Wohlstand von heute nicht verspielt wird.

Dabei reicht es nicht aus, das Schlimmste in den Bereichen Energiewende, Zuschussrente, Betreuungsgeld zu verhindern. Die Energiewende muss aktiv gestaltet werden, um eine kostengünstige Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen. Dies gelingt mit dem heutigen EEG nicht. Vielmehr ist es

erforderlich, auf eine marktwirtschaftliche Förderung erneuerbarer Energien etwa durch ein Quotenmodell überzugehen.

Hauptsächlich reüssiert Deutschland mit seinen Köpfen. In der Bildungspolitik sind die richtigen Impulse zu setzen, ohne dass die demographische Dividende in der Bildungspolitik verschleudert wird und der Konsolidierungsbeitrag aus diesem Bereich ausfällt. Ebenso muss eine sinnvolle Forschungsförderung die Grenzen der finanziellen Möglichkeiten Ernst nehmen.

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland müssen in den kommenden Jahren konsolidieren. Die derzeitige Staatsverschuldung mit einer Schuldenquote von über 80 Prozent ist so hoch, dass die öffentlichen Finanzen in Deutschland nicht mehr tragfähig sind (Burret, Feld und Köhler, 2013). Die Schuldenbremse bietet eine Hilfestellung für die erforderliche Konsolidierungspolitik, mehr aber auch nicht. Insbesondere auf Länder- und Gemeindeebene bleibt noch viel zu tun. Dies ist vor dem Hintergrund eines ab dem Jahr 2020 neu zu gestaltenden Finanzausgleichs zu sehen. Damit das Finanzausgleichssystem in Deutschland zukünftig die richtigen Anreize für solide öffentliche Finanzen setzt, sind größere Reformschritte notwendig. Dies erfordert viel politische Kraft.

Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen lässt sich ohne eine Erhöhung der Einkommensteuersätze, ohne eine Wiederbelebung der Vermögensteuer, ohne neue Steuern wie die Finanztransaktionsteuer erreichen. Notwendig sind vielmehr der Abbau von Steuervergünstigungen und die Herstellung von Finanzierungsneutralität bei der Körperschaftsteuer.

Obwohl der Wind in Richtung Regulierung, angesichts der sinnvollen Reregulierung des Banken- und Finanzsektors gedreht hat, sollte der Blick nicht verstellt sein für eine sinnvolle Deregulierung, insbesondere im Arbeitsrecht, für die Privatisierung und die Erhöhung der Wettbewerbsintensität in anderen Bereichen, vor allem bei Energie, Post und Bahn. So ist es im Energiebereich

notwendig, eine ineffiziente Re-Kommunalisierung der Stromversorgung zu verhindern.

Die größten Herausforderungen verbleiben, wie im Jahr 1982, in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Neben der genannten Deregulierung im Arbeitsrecht, stehen die Weiterentwicklung des ALG II und die weitere rigorose Überprüfung der aktiven Arbeitsmarktpolitik an. Vor allem aber geht es darum, die Einführung von Mindestlöhnen zu verhindern. Die demographische Entwicklung wird eine weitere Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters erforderlich machen. Im Gesundheitswesen stehen die größten Anstrengungen mit einer Dämpfung der Gesundheitsausgaben und dem Übergang zur Gesundheitspauschale an.

Was Otto Graf Lambsdorff am 1. Dezember 2003 auf sein „*Manifest der Marktwirtschaft*“ schrieb, gilt unverändert fort: „*Leider heute eher noch aktueller.*“ Er konnte nicht ahnen, dass diese Aktualität nahezu zehn Jahre später durch das Scheitern seiner Partei in einer Bundestagswahl noch verstärkt werden würde.

Literatur

Alesina, Alberto, Carlo Favero und Francesco Giavazzi (2012), The Output Effect of Fiscal Consolidations, NBER Working Papers No. 18336, National Bureau of Economic Research, Cambridge.

Burret, Heiko, Lars P. Feld und Ekkehard Köhler (2013), Sustainability of Public Debt in Germany – Historical Considerations and Time Series Evidence, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik/ Journal of Economics and Statistics* 233, S. 291 – 335.

Deregulierungskommission (1991), *Marktöffnung und Wettbewerb*, Poeschel, Stuttgart.

Eekhoff, Johann (1987), *Wohnungs- und Bodenmarkt*, Mohr Siebeck, Tübingen, 2. Auflage 2006.

- Eekhoff, Johann (1993), *Wohnungspolitik*, Mohr Siebeck, Tübingen, 2. Auflage 2002.
- Feld, Lars P. und Gebhard Kirchgässner (2000), Official and Hidden Unemployment and the Popularity of the Government: An Econometric Analysis for the Kohl Government, *Electoral Studies* 19, S. 333 – 347.
- F.D.P. Saar (1977), „Aus guten sozialen Absichten werden sozial schlimme Folgen“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 223, vom 26. September 1977, S. 13.
- F.D.P. Saar (1977a), Saarbrücker Stellungnahme zu zwei Zentralthemen liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Beschluss des Landesparteitages vom 2. Oktober 1977, Saarbrücken.
- Hank, Rainer (2013), Das Elend der deutschen Neoliberalen, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 29. September 2013, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/fdp-das-elend-der-deutschen-neoliberalen-12596139.html> (download am 8. Oktober 2013).
- Kronberger Kreis (2013), *Renaissance der Angebotspolitik*, Schriftenreihe Band 57, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.
- Lambsdorff, Otto Graf (1982), Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, *Neue Bonner Depesche* 9/82, S.1 – 11.
- Rüstow, Alexander (1932), Freie Wirtschaft – Starker Staat: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus, Schriften des Vereins für Socialpolitik Bd. 187, Dresden 1932, S. 62 – 69; wiederabgedruckt als: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Liberalismus, in: Alexander Rüstow und Walter Hoch (Hrsg.), *Rede und Antwort*, Martin Hoch, Ludwigsburg 1963, S. 249 – 258.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (1973), *Mut zur Stabilisierung*, Jahresgutachten 1973/74, Kohlhammer, Stuttgart und Mainz.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (1974), *Vollbeschäftigung für morgen*, Jahresgutachten 1974/75, Kohlhammer, Stuttgart und Mainz.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (1975), *Vor dem Aufschwung*, Jahresgutachten 1975/76, Kohlhammer, Stuttgart und Mainz.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (1976), *Zeit zum Investieren*, Jahresgutachten 1976/77, Kohlhammer, Stuttgart und Mainz.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (1984), *Chancen für einen langen Aufschwung*, Jahresgutachten 1984/85, Kohlhammer, Stuttgart und Mainz.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (1989), *Weichenstellungen für die neunziger Jahre*, Jahresgutachten 1989/90, Metzler-Poeschel, Stuttgart.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2011), *Verantwortung für Europa wahrnehmen*, Jahresgutachten 2011/12, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2012), *Stabile Architektur in Europa – Handlungsbedarf im Inland*, Jahresgutachten 2012/13, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Schönborn, Frank (2001), *Wie die Arbeitslosigkeit entstand und wie sie zu bekämpfen ist: Die fünf Todsünden*, in: Hartmut Schmidt, Eberhart Ketzler und Stefan Prigge (Hrsg.), *Wolfgang Stützel – Moderne Konzepte für*

Finanzmärkte, Beschäftigung und Wirtschaftsverfassung, Mohr Siebeck, Tübingen, S. 449 – 489.

Seuß, Wilhelm (1987), Ein rigoroser Denker und aufsässiger schwäbischer Liberaler, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 52 vom 3. März 1987, S. 14.

Sievert, Olaf (1979), Die Steuerbarkeit der Konjunktur durch den Staat, in: Carl Christian von Weizsäcker (Hrsg.), *Staat und Wirtschaft*, Duncker & Humblot, Berlin, S. 809 – 846.

Sievert, Olaf (2003), Vom Keynesianismus zur Angebotspolitik, in: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.), *Vierzig Jahre Sachverständigenrat 1963 – 2003*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, S. 34 – 46.

Sinn, Hans-Werner (2011), Neoliberalismus – Wettbewerb mit Regeln und einem starken Staat, in: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (Hrsg.), *Ordnungspolitik in Deutschland – Quo Vadis?*, Sonderedition, Eigenverlag, Berlin, S. 203 – 207.

Stützel, Wolfgang (1977), Die fünf Todsünden, *Die Zeit* Nr. 46 vom 4. November 1977, S. 20.

Abstract: In the German federal elections on September 22, 2013, for the first time after 64 years, the Free Democratic Party (FDP) was not elected to the German federal parliament, the Bundestag, anymore. Less surprising than this fact is the malice of its political opponents with which this landslide defeat was accompanied. In this paper, it is argued that the hostility towards the Free Democrats originates from its turn to the Christian Democrats in 1982 with the so called Manifesto for the Market Economy written by Otto Graf Lambsdorff, then Federal Minister of the Economy. The Manifesto argued for a consolidation of public finance and tax reductions, for reforms in the labor market and the social security systems, and for a liberalization and privatization policy. While the Free Democrats did not achieve much of that agenda during the coalition with the Christian Democrats, it influenced the Agenda 2010

by Chancellor Schröder. The paper concludes with a proposal for a renewal of supply side policies in Germany and a renewal of the reform agenda.

Freiburger **Diskussionspapiere** zur Ordnungsökonomik

Freiburg **Discussion Papers** on Constitutional Economics

2013

- 13/9** **Feld, Lars P.:** Zur Bedeutung des Manifests der Marktwirtschaft oder: Das Lambsdorff-Papier im 31. Jahr
- 13/8** **Feld, Lars P. / Köhler, Ekkehard A.:** Is Switzerland After All an Interest Rate Island?
- 13/7** **Feld, Lars P. / Necker, Sarah / Frey, Bruno S.:** Happiness of Economists
- 13/6** **Feld, Lars P. / Schnellenbach, Jan:** Political Institutions and Income (Re-)Distribution: Evidence from Developed Economies
- 13/5** **Feld, Lars P. / Osterloh, Steffen:** Is a Fiscal Capacity Really Necessary to Complete EMU?
- 13/4** **Vanberg, Viktor J.:** James M. Buchanan's Contractarianism and Modern Liberalism
- 13/3** **Vanberg, Viktor J.:** Föderaler Wettbewerb, Bürgersouveränität und die zwei Rollen des Staates
- 13/2** **Bjørnskov, Christian / Dreher, Axel / Fischer, Justina A.V. / Schnellenbach, Jan / Gehring, Kai:** Inequality and happiness: When perceived social mobility and economic reality do not match
- 13/1** **Mayer, Thomas:** Die Ökonomen im Elfenbeinturm: ratlos - Eine österreichische Antwort auf die Krise der modernen Makroökonomik und Finanztheorie

2012

- 12/5** **Schnellenbach, Jan:** The Economics of Taxing Net Wealth: A Survey of the Issues
- 12/4** **Goldschmidt, Nils / Hesse, Jan-Otmar:** Eucken, Hayek, and the Road to Serfdom
- 12/3** **Goldschmidt, Nils:** Gibt es eine ordoliberalen Entwicklungsidee? Walter Euckens Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels
- 12/2** **Feld, Lars P.:** Europa in der Welt von heute: Wilhelm Röpke und die Zukunft der Europäischen Währungsunion
- 12/1** **Vanberg, Viktor J.:** Hayek in Freiburg

2011

- 11/4** **Leuermann, Andrea / Necker, Sarah:** Intergenerational Transmission of Risk Attitudes - A Revealed Preference Approach
- 11/3** **Wohlgemuth, Michael:** The Boundaries of the State
- 11/2** **Feld, Lars P. / Köhler Ekkehard A.:** Zur Zukunft der Ordnungsökonomik
- 11/1** **Vanberg, Viktor J.:** Moral und Wirtschaftsordnung: Zu den ethischen Grundlagen einer freien Gesellschaft

2010

- 10/5** **Bernholz, Peter:** Politics, Financial Crisis, Central Bank Constitution and Monetary Policy
- 10/4** **Tietmeyer, Hans:** Soziale Marktwirtschaft in Deutschland - Entwicklungen und Erfahrungen
- 10/3** **Vanberg, Viktor J.:** Freiheit und Verantwortung: Neurowissenschaftliche Erkenntnisse und ordnungsökonomische Folgerungen
- 10/2** **Vanberg, Viktor J.:** Competition among Governments: The State's Two Roles in a Globalized World

10/1 **Berghahn, Volker:** Ludwig Erhard, die Freiburger Schule und das 'Amerikanische Jahrhundert'

2009

09/10 **Dathe, Uwe:** Walter Euckens Weg zum Liberalismus (1918-1934)

09/9 **Wohlgemuth, Michael:** Diagnosen der Moderne: Friedrich A. von Hayek

09/8 **Bernhardt, Wolfgang:** Wirtschaftsethik auf Abwegen

09/7 **Mäding, Heinrich:** Raumplanung in der Sozialen Marktwirtschaft: Ein Vortrag

09/6 **Koenig, Andreas:** Verfassungsgerichte in der Demokratie bei Hayek und Posner

09/5 **Berthold, Norbert / Brunner, Alexander:** Gibt es ein europäisches Sozialmodell?

09/4 **Vanberg, Viktor J.:** Liberal Constitutionalism, Constitutional Liberalism and Democracy

09/3 **Vanberg, Viktor J.:** Consumer Welfare, Total Welfare and Economic Freedom – On the Normative Foundations of Competition Policy

09/2 **Goldschmidt, Nils:** Liberalismus als Kulturideal. Wilhelm Röpke und die kulturelle Ökonomik.

09/1 **Bernhardt, Wolfgang:** Familienunternehmen in Zeiten der Krise – Nachhilfestunden von oder für Publikumsgesellschaften?

2008

08/10 **Borella, Sara:** EU-Migrationspolitik. Bremse statt Motor der Liberalisierung.

08/9 **Wohlgemuth, Michael:** A European Social Model of State-Market Relations: The ethics of competition from a „neo-liberal“ perspective.

08/8 **Vanberg, Viktor J.:** Markt und Staat in einer globalisierten Welt: Die ordnungsökonomische Perspektive.

08/7 **Vanberg, Viktor J.:** Rationalität, Regelbefolgung und Emotionen: Zur Ökonomik moralischer Präferenzen. Veröffentlicht in: V. Vanberg: Wettbewerb und Regelordnung, Tübingen: Mohr, 2008, S. 241-268.

08/6 **Vanberg, Viktor J.:** Die Ethik der Wettbewerbsordnung und die Versuchungen der Sozialen Marktwirtschaft

08/5 **Wohlgemuth, Michael:** Europäische Ordnungspolitik

08/4 **Löwisch, Manfred:** Staatlicher Mindestlohn rechtlich gesehen – Zu den gesetzgeberischen Anstrengungen in Sachen Mindestlohn

08/3 **Ott, Notburga:** Wie sichert man die Zukunft der Familie?

08/2 **Vanberg, Viktor J.:** Schumpeter and Mises as 'Austrian Economists'

08/1 **Vanberg, Viktor J.:** The 'Science-as-Market' Analogy: A Constitutional Economics Perspective.

2007

07/9 **Wohlgemuth, Michael:** Learning through Institutional Competition. Veröffentlicht in: A. Bergh und R. Höijer (Hg.). Institutional Competition, Cheltenham: Edward Elgar, 2008, S. 67-89.

07/8 **Zweynert, Joachim:** Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen – theoriegeschichtliche Betrachtungen.

07/7 **Körner, Heiko:** Soziale Marktwirtschaft. Versuch einer pragmatischen Begründung.

07/6 **Vanberg, Viktor J.:** Rational Choice, Preferences over Actions and Rule-Following Behavior.

07/5 **Vanberg, Viktor J.:** Privatrechtsgesellschaft und ökonomische Theorie. Veröffentlicht in: K. Riesenhuber (Hg.) Privatrechtsgesellschaft – Entwicklung, Stand und Verfassung des Privatrechts, Tübingen: Mohr Siebeck, 2008, S. 131-162.

- 07/4** **Goldschmidt, Nils / Rauchenschwandtner, Hermann:** The Philosophy of Social Market Economy: Michel Foucault's Analysis of Ordoliberalism.
- 07/3** **Fuest, Clemens:** Sind unsere sozialen Sicherungssysteme generationengerecht?
- 07/2** **Pelikan, Pavel:** Public Choice with Unequally Rational Individuals.
- 07/1** **Voßwinkel, Jan:** Die (Un-)Ordnung des deutschen Föderalismus. Überlegungen zu einer konstitutionenökonomischen Analyse.

2006

- 06/10** **Schmidt, André:** Wie ökonomisch ist der „more economic approach“? Einige kritische Anmerkungen aus ordnungsökonomischer Sicht.
- 06/9** **Vanberg, Viktor J.:** Individual Liberty and Political Institutions: On the Complementarity of Liberalism and Democracy. Veröffentlicht in: Journal of Institutional Economics, Vol. 4, Nr. 2, 2008, S. 139-161.
- 06/8** **Goldschmidt, Nils:** Ein „sozial temperierter Kapitalismus“? – Götz Briefs und die Begründung einer sozialetisch fundierten Theorie von Markt und Gesellschaft. Veröffentlicht in: Freiburger Universitätsblätter 42, Heft 173, 2006, S. 59-77.
- 06/7** **Wohlgemuth, Michael / Brandi, Clara:** Strategies of Flexible Integration and Enlargement of the European Union. A Club-theoretical and Constitutional Economics Perspective. Veröffentlicht in: Varwick, J. / Lang. K.O. (Eds.): European Neighbourhood Policy, Opladen: Budrich, 2007, S. 159-180.
- 06/6** **Vanberg, Viktor J.:** Corporate Social Responsibility and the “Game of Catallaxy”: The Perspective of Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy, Vol. 18, 2007, S. 199-222.
- 06/5** **Pelikan, Pavel:** Markets vs. Government when Rationality is Unequally Bounded: Some Consequences of Cognitive Inequalities for Theory and Policy.
- 06/4** **Goldschmidt, Nils:** Kann oder soll es Sektoren geben, die dem Markt entzogen werden und gibt es in dieser Frage einen (unüberbrückbaren) Hiatus zwischen ‚sozialetischer‘ und ‚ökonomischer‘ Perspektive? Veröffentlicht in: D. Aufderheide, M. Dabrowski (Hrsg.): Markt und Wettbewerb in der Sozialwirtschaft. Wirtschaftsethische Perspektiven für den Pflegesektor, Berlin: Duncker & Humblot 2007, S. 53-81.
- 06/3** **Marx, Reinhard:** Wirtschaftsliberalismus und Katholische Soziallehre.
- 06/2** **Vanberg, Viktor J.:** Democracy, Citizen Sovereignty and Constitutional Economics. Veröffentlicht in: Constitutional Political Economy Volume 11, Number 1, März 2000, S. 87-112 und in: Casas Pardo, J., Schwartz, P.(Hg.): Public Choice and the Challenges of Democracy, Cheltenham: Edward Elgar, 2007, S. 101-120.
- 06/1** **Wohlgemuth, Michael:** Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt. Veröffentlicht in: R. Clapham, G. Schwarz (Hrsg.): Die Fortschrittsidee und die Marktwirtschaft, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 2006, S. 131-162.

2005

- 05/13** **Kersting, Wolfgang:** Der liberale Liberalismus. Notwendige Abgrenzungen. In erweiterter Fassung veröffentlicht als: Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 173, Tübingen: Mohr Siebeck 2006.
- 05/12** **Vanberg, Viktor J.:** Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomik ist keine zweite Physik. Veröffentlicht in: G. Abel (Hrsg.): Kreativität. XX. Deutscher Kongress für Philosophie. Kolloquiumsbeiträge, Hamburg: Meiner 2006, S. 1101-1128.
- 05/11** **Vanberg, Viktor J.:** Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F.A. Hayeks Kritik am Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“. Veröffentlicht in: Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Bd. 5: „Soziale Sicherung in Marktgesellschaften“, hrsg. von M. Held, G. Kubon-Gilke, R. Sturn, Marburg: Metropolis 2006, S. 39-69.

- 05/10 Goldschmidt, Nils:** Ist Gier gut? Ökonomisches Selbstinteresse zwischen Maßlosigkeit und Bescheidenheit. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 289-313.
- 05/9 Wohlgemuth, Michael:** Politik und Emotionen: Emotionale Politikgrundlagen und Politiken indirekter Emotionssteuerung. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit 2005, S. 359-392.
- 05/8 Müller, Klaus-Peter / Weber, Manfred:** Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer.
- 05/7 Borella, Sara:** Political reform from a constitutional economics perspective: a hurdle-race. The case of migration politics in Germany.
- 05/6 Körner, Heiko:** Walter Eucken – Karl Schiller: Unterschiedliche Wege zur Ordnungspolitik.
- 05/5 Vanberg, Viktor J.:** Das Paradoxon der Marktwirtschaft: Die Verfassung des Marktes und das Problem der „sozialen Sicherheit“. Veröffentlicht in: H. Leipold, D. Wentzel (Hrsg.): Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung, Stuttgart: Lucius & Lucius 2005, S. 51-67.
- 05/4 Weizsäcker, C. Christian von:** Hayek und Keynes: Eine Synthese. In veränderter Fassung veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 95-111.
- 05/3 Zweynert, Joachim / Goldschmidt, Nils:** The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change. In veränderter Fassung veröffentlicht in: Journal of Economic Issues, Vol. 40, 2006, S. 895-918.
- 05/2 Vanberg, Viktor J.:** Auch Staaten tut Wettbewerb gut: Eine Replik auf Paul Kirchhof. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 47-53.
- 05/1 Eith, Ulrich / Goldschmidt, Nils:** Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung: Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive. Veröffentlicht in: D. Haubner, E. Mezger, H. Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg: Metropolis 2005, S. 51-70.

Eine Aufstellung über weitere Diskussionspapiere ist auf der Homepage des Walter Eucken Instituts erhältlich.